

Alternative für Deutschland

Kreisverband Chemnitz

Theaterstraße 15, 09111 Chemnitz

Tel.: 0371/666266-29, Fax : 0371/666266-30

E-Mail: geschaeftsstelle@afdchemnitz.de



Bürgermeister Runkel verweigert AfD-Kranzniederlegung zum Gedenken an die Bombennacht 1945

Am 5. März beabsichtigte unser Kreisverband im Gedenken an den alliierten Bombenangriff auf unsere Stadt im Frühjahr 1945 mit einigen Parteimitgliedern einen Kranz am Ehrenmal auf dem Städtischen Friedhof niederzulegen. Wir als Kreisverband Chemnitz hatten nach der letztjährigen offiziellen Gedenkveranstaltung entschieden, zukünftig an dieser nicht mehr teilzunehmen, da im Redebeitrag einer Teilnehmerin 2018, im Beisein der Oberbürgermeisterin, der Luftangriff sinngemäß als gerechtfertigt bezeichnet wurde, da er zu einem schnellen Kriegsende beigetragen habe. Im Hinblick auf die mehreren tausend zivilen Opfer aus unserer Sicht eine untragbare Aussage. Vor der offiziellen Gedenkveranstaltung trafen sich deshalb 20 Mitglieder zum stillen Gedenken am Eingang Wartburgstraße des Friedhofes. Dort

Alternative für Deutschland

Kreisverband Chemnitz

Theaterstraße 15, 09111 Chemnitz

Tel.: 0371/666266-29, Fax : 0371/666266-30

E-Mail: geschaeftsstelle@afdchemnitz.de



empfangen uns bereits 15 Mitarbeiter des Ordnungsamtes und Polizeibeamte. Ein Vertreter der Stadt verweigerte mit Hinweis auf eine angebliche „Störung“ des Aufbaus der städtischen Veranstaltung den Zutritt zum Friedhof. Lediglich ohne Blumengebinde und als „Einzelperson“ wäre der Zutritt erlaubt. Der zwischenzeitlich erschienene Ordnungsbürgermeister Runkel deklarierte die geplante Kranzniederlegung demgegenüber vor der Presse zur „geplanten Provokation“. Wir stellen fest, dass mit diesem Gebaren ein früherer DDR Staatsanwalt und gewendetes SED-Mitglied Bürgern dieser Stadt selektiv ein Ehrengedenken verweigert, das anderen Parteien und Vereinen umstandslos zugestanden wird! Dies verwundert um so mehr, als in den letzten Jahren an der regelmäßigen Teilnahme unseres Kreisverbandes an der Gedenkveranstaltung keinerlei Bedenken bestanden.

Mit Blick auf die stets der AfD zugeschriebene „Spaltung der Gesellschaft“ demaskieren sich die Oberbürgermeisterin und ihr Ordnungsbürgermeister endgültig und belegen eindrucksvoll, wer die wahren Spalter sind! Ein unhaltbarer Zustand für die Bürger unserer Stadt, der erneut zeigt, dass im nächsten Stadtrat eine wirklich alternative Politik erforderlich ist.